



Der Vorsitzende des  
Ausschusses für Soziales, Gesundheit,  
Integration, Kinder und Familie  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de  
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-4554  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiter: Herr Weinert

Wiesbaden, 12.04.2018

1. Den Mitgliedern des  
Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie  
am Mittwoch, 18. April 2018, um 17:00 Uhr,  
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

## Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 28.02.2018
2. **18-F-21-0030**

Versorgungsverbund Wiesbaden Ost

- Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen vom 06.04.2018 -

Die medizinische und pflegerische Versorgung älterer Bürgerinnen und Bürger in Wiesbaden und hier insbesondere in den hausärztlich unterversorgten Wiesbadener- Stadtteilen ist aus verschiedenen Gründen eine Herausforderung für unsere Stadt. Ziel muss es sein, Versorgungs- und Unterstützungsstrukturen zu erhalten oder aufzubauen, die es unter anderem den älteren und/oder kranke, beeinträchtigte oder in der Mobilität eingeschränkten BürgerInnen erlauben, so lange wie möglich im eigenen Zuhause bleiben zu können und ein möglichst

selbstbestimmtes Leben zu führen. Dies gelingt am Besten im eigenen Wohnumfeld, das Vertrautheit vermittelt, überschaubar ist und Möglichkeiten der Teilhabe bietet. Daneben spielen Aspekte z.B. des Zugangs zu professionellen Diensten, der Infrastruktur, der Mobilität, des Wohnungsbaus und viele Dinge mehr eine Rolle.

Antworten auf diese Herausforderung werden unter dem Stichwort Quartierskonzepte diskutiert: So fordert der 7. Altenbericht der Bundesregierung dazu eine Regionalisierung der Gesundheitsversorgung verbunden mit einer stärkeren kommunalen Verantwortung. Die Lösung liegt zusammengefasst zum Einen in einer stärkeren Vernetzung der Akteure vor Ort, zum anderen in der Stärkung der Kommune, die sich dieser Aufgabe widmet, Verantwortung übernimmt, Unterstützung leistet und an den übergeordneten Rahmenbedingungen, wie z.B. der ärztlichen Bedarfsplanung oder der Finanzierungsfragen, gestaltend mitwirkt.

Mit gutem Beispiel geht hier das Gesundheitszentrum Breckenheim voran, das als Arbeitsgemeinschaft diverser Anbieter (Ärzte, Apotheke, Pflegedienst) für eine Versorgung vor Ort bereits Vorbildliches leistet und dabei auf neue Formen der Zusammenarbeit zurückgreift. Absehbar ist, dass solche Lösungen auch für andere Teile Wiesbadens gefunden werden müssen, wo es ähnliche Schwierigkeiten mit der hausärztlichen Versorgung gibt, z.B. in Klarenthal, Dotzheim und auch im Bereich AKK

Solche Ansätze bedürfen darüber hinaus einer übergeordneten Unterstützung in Form eines Versorgungsnetzes oder -verbundes. Ein Versorgungsverbund ist ein sektorenübergreifendes, interdisziplinäres Netzwerk für ein bestimmtes Gebiet. Es besteht aus verschiedenen Gesundheitsanbietern und Dienstleistern, wie z.B. Haus- und Fachärzten, Ärztlichem Bereitschaftsdienst, Pflegeeinrichtungen, Apotheken, Heil- und Hilfsmittelanbieter, Physiotherapeuten, Selbsthilfegruppen und der Kommunalpolitik. Eine der Kernaufgaben ist es, die Bedarfe und Handlungsoptionen zur Versorgung des oben genannten Personenkreises für eine selbstbestimmtes Leben in einem bestimmten Stadtgebiet zu erfassen, Abläufe zu verbessern und Lösungen vorzuschlagen, sofern sie nicht durch das Netzwerk selbst umgesetzt werden können.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1) die Gründung von Versorgungsverbänden in den einzelnen Stadtteilen von Wiesbaden (Versorgungsverbund Wiesbaden-Ost) voranzutreiben und/oder zu unterstützen.
- 2) zu prüfen, ob die EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden mbH mit der Aufgabe der Koordination und Moderation unter Punkt 1 betraut werden kann und ihr dafür die entsprechenden Mittel bereitgestellt werden können.
- 3) nach einem Jahr über die Ergebnisse des Versorgungsverbundes zu berichten.

### 3. 18-F-08-0024

Fragen zur Helios HSK  
-Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 11.04.2018-

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Gibt es Pläne zur Flächennutzung des HSK-Geländes, nach Rückbau des jetzigen Klinikgebäudes?
2. Wem gehört das Grundstück, auf dem die jetzige HSK steht?
3. Gibt es einen Erbpachtvertrag für das Grundstück? Wenn ja, wie lange läuft dieser Vertrag noch?
4. Ist es vorstellbar, im Anbetracht der Wohnbauverdichtungen im Schelmengraben, (sozialen) Wohnungsbau auf dem Gelände der jetzigen HSK zu realisieren?
5. Wie viele Kontrollen durch das Gesundheitsamt gab es in 2016 und 2017 und bis aktuell in 2018 an den Helios HSK? Wie sind die Ergebnisse der Kontrollen? Welche Kontrollen waren angekündigt? Gab es zudem unangekündigte Kontrollen?
6. Wird bei den Kontrollen durch das Gesundheitsamt kontrolliert, wie die Händedesinfektion erfolgt? Werden Ergebnisse von so genannten mikrobiologischen Abklatschuntersuchungen von Seiten der HSK nachgewiesen und dokumentiert?
7. Wie ist die derzeitige Anzahl der physischen Intensivbetten inklusive Überwachungsbetten und deren tatsächliche Auslastung? Zu wieviel Prozent ist die Notaufnahme nicht aufnahmebereit?
8. Wie viele Operationssäle und Eingriffssäle sind physisch vorhanden? Wie viele Operationssäle und Eingriffsräume werden betrieben bzw. sind geschlossen?
9. In den Medien wurde berichtet, dass die Kinderklinik über 104 Betten verfügt. Kürzlich wurde berichtet, dass nur noch 70 Betten betrieben werden. Wie viele Betten sind davon dauerhaft geschlossen? Wie hoch ist die Zahl der betriebenen Betten im somatischen Teil der Klinik? Wie hoch ist hier die Zahl der dauerhaft geschlossenen Betten?
10. Ehemals verfügte die HSK über mehr als 1.000 Betten. Wie viele davon werden durchschnittlich im Jahr 2018 betrieben?
11. Werden Kinder unter 14 Jahren auf Normalstationen verlegt? Wenn ja, wie viele?
12. Wie oft pro Monat wurden Pfleger\*innen im Jahr 2017 / 2018 aus dem frei geholt?
13. Wie hoch ist die Zahl der Überlastungsanzeigen an den Helios HSK? Bitte eine monatliche Auflistung aus den Jahren 2016-2018.
14. Gibt es einen Bericht über die Tätigkeiten des von der Stadt Wiesbaden bestellten Geschäftsführers Herr Hammerschlag? Wenn nein, wieso nicht?
15. Existieren vom Betriebsrat genehmigte Dienstpläne für Pfleger\*innen und wenn ja, für welchen Planungshorizont gelten diese?
16. Gibt es einen Stellenplan für 2018 nach Vollkräften Plan und Ist? Wenn nein, wieso nicht? Wenn ja: Wie viele Stellen sind derzeit unbesetzt? In welchen Bereichen sind diese Stellen unbesetzt?
17. Wie hoch ist der Krankenstand der Belegschaft in seiner Entwicklung von 2016 bis 2018? Bitte monatliche Zahlen in denen das Verhältnis der Belegschaft zum Krankenstand ersichtlich ist.

Es wird auch um schriftliche Antwort gebeten.

#### 4. 18-F-05-0017

Hebammenversorgung in Wiesbaden zukunftssicher gestalten  
- Antrag der Fraktion FDP vom 11.04.2018 -

Wiesbaden hat derzeit, wie andere Großstädte auch, mit einem gravierenden Hebammenmangel zu kämpfen - und das bei steigender Geburtenzahl. Zu Beginn, während und bei der Nachsorge einer Schwangerschaft treten für viele werdende Mütter und Väter Fragen auf. Die größte Schwierigkeit für Schwangere besteht darin, für die Geburtsvorbereitung und die Wochenbettbetreuung eine freiberuflich tätige Hebamme zu finden. Da es keine zentrale Servicestelle gibt, müssen Schwangere mühsam die einzelnen Kontakte recherchieren und einzeln abtelefonieren.

Wochen- und teilweise monatelange Wartezeiten auf einen Hebammentermin sind die Regel (keine Seltenheit). Nicht nur für Schwangere, sondern auch für die Hebammen selbst bedeutet dies eine große Belastung, da die mit diesem Missstand verbundenen, meist sehr emotional geführten, Gespräche Kraft und auch Zeit kosten. Die Problematik könnte in dieser Hinsicht zum einen durch die Einrichtung einer SERVICESTELLE (ohne Büro), als auch die Einrichtung einer INTERNETPLATTFORM behoben werden, wenn umfassende Informationen zu allen eine Schwangerschaft betreffenden Fragen zentral abrufbar wären. Ein solches Angebot wäre eine große Hilfe und ein wertvolles Serviceangebot für Schwangere auf der einen Seite und auf der anderen auch eine deutliche Entlastung der Hebammen von zeitraubenden Telefonaten - Zeit, die ihnen bei der Betreuung von Schwangeren fehlt. Darüber hinaus könnten auf einer Internetplattform auch alle weiteren Informationen und Angebote für schwangere Frauen veröffentlicht werden, so dass der mühsame Findungsprozess durch eine digitale und zeitgemäße Präsentation ersetzt werden könnte

*Der Ausschuss möge daher beschließen:*

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, inwieweit eine Servicestelle und eine Internetplattform eingerichtet werden könnten, um die Angebote von Hebammen und den Bedarf von schwangeren Frauen zu koordinieren:

- a. Eine zentrale SERVICESTELLE mit insbesondere folgenden Leistungen/Funktionen:
  - festgelegter telefonischer Erreichbarkeit
  - regelmäßiger Notfallsprechstunde
  - Koordination von Notfallhausbesuchen
  - Organisation Urlaubs- und Krankheitsvertretungen der Hebammen
  - Kontaktstelle bzw. Ansprechpartnerin für Gynäkologen, Geburtskliniken, Kinderärzte und Beratungseinrichtungen.
  
- b. Eine zentrale INTERNETSEITE mit insbesondere folgenden Leistungen/Funktionen:
  - Bereitstellung aller erforderlichen Informationen zu Wiesbadener Hebammen sowie zu Schwangerschaft, Geburt und Wochenbettbetreuung.
  - Übersichtliche Darstellung von Geburtskliniken und -häusern, Gynäkologen, Beratungseinrichtungen und Leistungen der Krankenkassen
  - Übersichtliche Darstellung von einschlägigen Kursangeboten
  - Mehrsprachige Präsentation der Informationen für Schwangere mit Migrationshintergrund

## 5. 18-F-08-0025

Wohnsitzlose Menschen in Wiesbaden  
-Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 11.04.2018-

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wie viele Personen ohne festen Wohnsitz leben derzeit in der LH Wiesbaden?
2. Wie viele Sozialarbeiter\*innen arbeiten in der Wohnungslosenhilfe in der LH Wiesbaden? Bitte nach Einrichtungen differenzieren.
3. Sind Einstellungen in diesem Bereich geplant?
4. Wie viele Notunterkünfte bzw. Schlafplätze stehen den Wohnungslosen in der LH Wiesbaden zur Verfügung?
5. Wer bietet diese Unterkünfte bzw. Schlafplätze an?
6. Wie hoch war die Auslastung der angebotenen Schlafplätze im Jahr 2017 (gestaffelt nach Monaten)?
7. Wie viele Plätze zur „Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten“ (§67 ff. SGB XII) gibt es in der LH Wiesbaden?
8. Ist ein Ausbau geplant?
9. Ist der Magistrat der Ansicht, dass die Notunterkünfte bzw. Schlafplätze für Wohnungslose, vor allem in den Wintermonaten, ausreichend vorhanden sind?

Es wird auch um schriftliche Antwort gebeten.

## 6. 18-F-21-0033

Pflegende Angehörige  
- Antrag der Fraktionen SPD,CDU, Bündnis 90/Die Grünen vom 03.04.2018 -

Nahezu 70 % der pflegebedürftigen Menschen werden zu Hause von ihren Angehörigen gepflegt, überwiegend von Frauen. Es sind Ehefrauen, Töchter, Schwiegertöchter oder Enkelkinder, die das Rückgrat der Pflegeversicherung darstellen. Der aktuelle Pflegebericht beziffert eine durchschnittliche Pflegeunterstützungssituation von vier Jahren, andere Statistiken berechnen sogar eine durchschnittliche Pflegedauer von sieben Jahren aus. So wertvoll die häusliche familiäre Pflege ist, sie führt die pflegenden Angehörigen auch rasch an die Grenzen ihrer Belastbarkeit. Eine körperliche und seelische Überforderung durch jahrelange intensive Pflege, eine erhöhte Anfälligkeit für stressbedingte Erkrankungen oder gesellschaftliche Isolation mangels Teilhabe, sind keine Seltenheit. Zu der immensen Bürokratiebewältigung kommen Problemfelder wie die (Un-)Vereinbarkeit von Beruf-Familie-Pflege hinzu oder finanzielle Ausfälle durch die Arbeitszeitreduktion oder beim späteren Rentenbezug wegen fehlender Beitragszahlungen während der Pflegezeit.

*Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie möge beschließen:*

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. welche städtischen Beratungsangebote gezielt für die Gruppe der pflegenden Angehörigen bereitstehen,
2. wie viele Personen die Dienste der Pflegestützpunkte jährlich nutzen (Einmalkontakte/Mehrfachkontakte) und wie viele davon pflegende Angehörige sind,

3. ob die Beratungsdienste seit dem Inkrafttreten der Pflegereform im Jahr 2017 vermehrt abgerufen werden, und
4. ob es bestehende Netzwerke pflegender Angehöriger gibt, mit denen die Stadt Wiesbaden in Kontakt steht?

## 7. 18-F-21-0034

Infektionskrankheiten

- Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen vom 03.04.2018 -

Infektionen mit Hepatitis-C-Viren gehören zu den häufigsten Infektionskrankheiten weltweit. Sie zählen zu den bedeutendsten Ursachen von Leberzirrhose und Leberzellkarzinom. Die weltweite Mortalitätsrate von Lebererkrankungen durch Hepatitis C liegt nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) jährlich im sechsstelligen Bereich.

Hingegen ist dem HIV-Jahresbericht 2016 des Robert-Koch-Instituts zu entnehmen, dass bundesweit ein leichter Rückgang bei den HIV Neudiagnosen zu verzeichnen ist.

*Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie möge beschließen:*

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. wie sich die Statistik in Wiesbaden für die folgenden Infektionskrankheiten darstellt:
  - a. Hepatitis B Erkrankungen
  - b. Hepatitis C Erkrankungen
  - c. HIV (bereits erfasste Fälle und Neuinfektionen)
2. Welche Aufklärungsmaßnahmen wurden für den Zeitraum 2013-2016 hinsichtlich der Übertragungswege und Krankheitsprävention seitens des Gesundheitsamtes durchgeführt und für welche Bevölkerungs- und Altersgruppen ?
3. Welche Aufklärungs-, Beratungs- und Präventionsmaßnahmen werden hinsichtlich dieser Erkrankungen seitens der AIDS-Hilfe und des Suchthilfezentrums durchgeführt?

## 8. 18-F-21-0035

Organ- und Gewebespende

- Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen vom 03.04.2018 -

Die Organspendebereitschaft in Deutschland geht von Jahr zu Jahr weiter zurück. Wurden im Jahre 2011 noch 1200 Organspenden durchgeführt, erreichte der Abwärtstrend 2016 eine Zahl von 857. Nur rund ein Drittel der Bürgerinnen und Bürger besitzt einen Organspendeausweis, obwohl 81 Prozent der Bevölkerung dem Thema aufgeschlossen gegenüber stehen. Ängste, Unwissenheit, mangelnde Aufklärung oder die Organspendeskandale irritieren Menschen und halten sie zunehmend von der Auseinandersetzung mit dem Thema ab.

Organspende verdient mehr gesellschaftliche Anerkennung. Es bedarf daher einer kontroversen Diskussion und einer sehr breiten Aufklärung.

*Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie möge beschließen:*

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten, welche Aufklärungsmaßnahmen hinsichtlich der Organ- und Gewebespende seitens des Gesundheitsamtes in den letzten drei Jahren durchgeführt worden sind und geplant sind,
2. eine zweijährige Aufklärungskampagne mit dem Gesundheitsamt mit der Mitwirkung der EGW anzusetzen, die unterschiedliche Themenkomplexe in geeigneten Formaten behandelt. Auftakt soll der „Tag der Organspende 2018“ sein, und
3. dahingehend eine Kooperation mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) einzugehen, um bei der Kampagne materiell und personell unterstützt werden zu können.

9. 18-F-10-0002

ANLAGE

Antrag auf Ausarbeitung und Vorlage einer Gefahrenabwehrverordnung für den Betrieb von Gaststätten, Bars und anderen Innengeländen, in denen das Rauchen von Wasserpfeifen angeboten wird

*- Antrag der AfD-Fraktion vom 30.01.2018 -*

*- Beschluss des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie vom 28.2.2018 -*

10. 18-F-29-0003

Straßenkinder und Obdachlose in Wiesbaden

*- Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 11.04.2018 -*

Es kommt vor, dass Kinder und Jugendliche aus verschiedenen Gründen, z.B. häusliche Gewalt, nicht mehr zu Hause bleiben können und weglauen. Oft landen sie dann auf der Straße. Da die Jugendlichen noch bei ihren Eltern gemeldet sind, gelten sie nicht als obdach- oder wohnungslos. Weil bei den Minderjährigen oft schlimme Erlebnisse vorliegen, ist es besonders schwierig für Helfende ihr Vertrauen zu gewinnen.

*Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie möge beschließen:*

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

Straßenkinder:

1. ob es Erkenntnis darüber gibt, wie viele Kinder und Jugendliche in Wiesbaden zurzeit ungefähr auf der Straße leben;
2. ob es Erkenntnisse darüber gibt, aus welchen Einzugsgebiet, die in Wiesbaden auf der Straßen lebenden Kinder kommen;
3. was getan wird, um die auf der Straße lebenden Kinder wieder in Obdach zu bringen;
4. welche Angebote es gibt um frühzeitig zu verhindern, dass Wiesbadener Minderjährige auf die Straße ziehen;
5. wie sich die Anzahl der Straßenkinder in den vergangenen Jahren entwickelt hat?

Obdachlose:

1. wie viele Obdachlose es derzeit in Wiesbaden gibt und welche Hilfsangebote existieren;
2. wie sich die Anzahl der Obdachlosen in den vergangenen Jahren entwickelt hat?

11. 18-A-58-0001

Aktuelle Entwicklungen im Sozial-, Gesundheits- und Integrationsbereich

12. Verschiedenes

## Tagesordnung II

1. 15-A-50-0006

ANLAGE

Fehlende Behindertengerechte öffentliche Toilette in Frauenstein  
*- Bericht des Dezernates VII vom 19.02.2018 -*

2. 16-V-33-0005

DL 12/18-1, 28/16-11 , 27/16-5

Entwurf eines Integrationskonzeptes für geflüchtete Menschen in Wiesbaden  
*- Bericht des Dezernates VII vom 2.3.2018 -*

3. 17-F-05-0038

ANLAGE

Krankenstand in der Stadtverwaltung  
*- Bericht des Oberbürgermeisters vom 14.02.2018 -*

4. 17-V-51-0031

DL 12/18-3

Wohnungsbauprogramm 2017, Ausführungsvorlage

5. 18-V-20-0008

DL 12/18-5

Investitionscontrolling 4. Quartal 2017

6. 18-V-33-0002

DL 13/18-2

Kommunale Koordination der Bildungsangebote für Neuzugewanderte - Projektverlängerung

7. 18-V-40-0002

DL 12/18-7

Grundschulkinderbetreuung - Jahresabschluss 2017 - Deckung KIP

8. 18-V-51-0004

DL 13/18-5

Ganztätig arbeitende Schulen; Anträge im Schuljahr 2018/19

**9. 18-V-51-0005** **DL 13/18-6**

Ausbau der Kinderbetreuung in Wiesbaden 48/90, Betriebs- und Ausstattungskosten für den Ausbau der städtischen Kindertagesstätte Hessenring in Nordenstadt

**10. 18-V-51-0006** **DL 13/18-7**

Ausbau der Kinderbetreuung in Wiesbaden 48/90, Schaffung von 75 zusätzlichen Elementarplätzen

**11. 18-V-51-0008** **DL 13/18-8**

Einführung Satzung Kindertagespflege ab 01.08.2018

**12. 18-V-51-0010** **DL 12/18-11**

Nachwahl von Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses

**13. 18-V-51-0012** **DL 13/18-9**

Veränderung der Kitastruktur und sechsstündige Beitragsfreistellung im Elementarbereich

**14. 18-V-51-0013** **DL 13/18-10**

Geschäftsbericht Bezirkssozialarbeit Wiesbaden für das Jahr 2016

**15. 18-V-51-0014** **DL 13/18-11**

Grundschulkinderbetreuung; Ausbauprogramm, Module und Zuschussmodell

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Rutten  
Vorsitzender